



Der Norden für Frank-Walter



Neun von elf SPD-Bundestagskandidaten aus Schleswig-Holstein mit ihrem Kanzlerkandidaten: Wolfgang Wodarg, Bettina Hagedorn, Franz Thönnies, Gabriele Hiller-Ohm, Ernst Dieter Rossmann, Frank-Walter Steinmeier, Sönke Rix, Birgit Malecha-Nissen, Jörn Thießen und Gesa Tralau (von links nach rechts). Nicht auf dem Bild: die Kandidaten Hans-Peter Bartels und Hanno Fecke.

Liebe Leserinnen und Leser des Newsletters!

Eine Legislaturperiode geht zu Ende und die Landesgruppe der neun SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein kann resümierend sagen: Wir sind uns selbst treu geblieben. Mit harter Arbeit bis zum Schluss. Ob Bundesdatenschutzgesetz oder CCS-Technologie bei CO₂-Lagerung, ob Bad-Bank-Gesetz oder Ostseekooperation - die kleine Landesgruppe der „blau-weiß-roten aufrechten Neun“ von 221 SPD-Bundestagsabgeordneten insgesamt hat hart für ihre Überzeu-

gungen gefochten, argumentiert, verhandelt, Erfolge errungen und auch saftige Niederlagen erlebt. Die letzte Ausgabe unseres Newsletters in der 16. Wahlperiode belegt diesen Parforceritt sehr gut.

Zugleich wird deutlich: Mit den drei Bundestagskandidaten Gesa Tralau, Birgit Malecha-Nissen und Hanno Fecke stehen neue Kräfte in unserem Kreis, die ganz eigene Erfahrungen und Zielsetzungen für ihre Arbeit mitbringen und mit Kompetenz, Augenmaß und Leidenschaft Demokratie gestalten wollen. In der Politik muss sich ein

Volksvertreter ein eigenes, ganz persönliches Anliegen und Ziel setzen - das ist auch der Ratschlag von Michael Bürsch, der nach zwölf Jahren MdB-Arbeit nicht wieder kandidiert. Wir sagen Michael auch an dieser Stelle: Hut ab vor Deiner profilierten und erfolgreichen Arbeit. Alles Gute für Dein nächstes Jahrzehnt mit Tatkraft, Schwung und Zuversicht.

Tatkraft, Schwung und Zuversicht - das trifft auch genau die Stimmung, mit der wir aus dem Parlament jetzt in den Wahlkampf ziehen. Frank-Walter Steinmeier kann sich sicher sein: Wir

im Norden werden alles tun, damit er unser neuer Bundeskanzler wird. Mit einer starken SPD, mit einer starken Bundestagsfraktion und mit einer starken Landesgruppe von Schleswig-Holstein-MdBs.

Strahlen für Frank-Walter und kämpfen für die SPD - das können wir „Sozis“ aus Schleswig-Holstein.

Mit besten Grüßen

Ernst Dieter Rossmann

Ernst Dieter Rossmann

Vorsitzender der
SPD-Landesgruppe
Schleswig-Holstein

Drei mal drei: die Erfolge der SPD, der MdBs...

Dr. Hans-Peter Bartels

► Drei Erfolge der SPD:

1. Die Fortsetzung von Renate Schmidts erfolgreicher Familienpolitik (Betreuungsausbau, Elterngeld).
2. Peer Steinbrücks entschlossenes Krisenmanagement.
3. Der Einstieg in Mindestlöhne in etlichen Branchen.

► Drei persönliche Erfolge:

1. Die Perspektive einer Europäischen Armee anstelle der nationalen Streitkräfte im neuen SPD-Grundsatzprogramm.
2. Die Reduzierung der Eurofighter-Beschaffung.
3. Eine Initiative zur Stärkung der politischen Bildung.

► Drei politische Ziele:

1. Für flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den



Ruhestand und mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

2. So viel Stabilität in Afghanistan, dass die Afghanen selbst für ihre Sicherheit sorgen können.

3. Ein neues Wahl-Wehrpflicht-Modell und mehr Attraktivität für den Dienst in unserer Bundeswehr.

Jörn Thießen

► Drei Erfolge der SPD:

1. Es bleibt beim Atomausstieg und der Energiewende.
2. Es bleibt bei der starken Rolle der Gewerkschaften und der Tarifautonomie.
3. Es bleibt beim Vorrang der Arbeit vor den Interessen des Kapitals.

► Drei persönliche Erfolge:

1. Verteidigungspolitik: Gesetzliche Verankerung von Hilfsmaßnahmen für traumatisierte Soldaten nach dem Einsatz und Orientierung der SPD hin zu einer europäischen Armee.
2. Die Verkehrspolitik ist wichtiges Thema auf der Agenda der schleswig-holsteinischen SPD.
3. Die Sektenproblematik thematisiert und eine Infor-

mationsbroschüre mit Anlaufstellen veröffentlicht.

► Drei politische Ziele:

1. Ein nachhaltiges und wirtschaftliches Verkehrskonzept für den Norden.
2. Sichere Ausbildungsplätze in der Region Steinburg-Dithmarschen.
3. Nachhaltige Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.



Der Tag der Bundestagswahl rückt näher. Der richtige Zeitpunkt also, einen Blick zurück zu wagen und sich eigener Stärken bewusst zu werden. Auf den folgenden Seiten ziehen die neun schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Bilanz, was die SPD und sie persönlich in den vergangenen vier Jahren der Großen Koalition erreicht haben. Und gemeinsam mit den drei neuen Bundestagskandidaten verraten sie, was ihre politischen Ziele für die Zeit nach dem 27. September 2009 sind.

Dr. Wolfgang Wodarg

► Drei Erfolge der SPD:

1. Wir haben in der Gesundheitsreform eine weitergehende Privatisierung und Deregulierung verhindert.
2. Wir haben die Finanz- und Wirtschaftskrise durch die Möglichkeit von verlängerter Kurzarbeit und ein Paket von Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen für die Menschen in Deutschland deutlich entschärft.
3. Wir haben durch kluge Außen- und Europapolitik Deutschlands Rolle bei der Schaffung internationaler friedenssichernde Strukturen geschärft.

► Drei persönliche Erfolge:

1. Mit einer von mir initiierten parlamentarischen Initiative griffen wir die Problematik der Bekämpfung von Armut- und Tropenkrankheiten auf und sorgten für eine größere politische Aufmerksamkeit im Bundestag (Drucksache 16/8884).
2. Ich habe mit Erfolg darauf hinwirken können, dass es möglich ist, für Pflegebedürftige und Kranke kostenübergreifende Strukturen zu schaffen, damit sich unsere Hausärzte und vertraute Pflegepersonen wieder ganz um ihre Patienten kümmern können.
3. Ich habe die Diskussion über die Erhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und den Kampf über den Krieg als Geschäft auf die Agenda des Bundestages und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gebracht.

► Drei politische Ziele:

1. Einsatz für weitere Regionalisierung und Entbürokratisierung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung in Schleswig-Holstein.
2. Weiter darauf Einfluss nehmen, dass die Menschen in Entwicklungsländern von den Reichtümern ihrer eigenen Länder profitieren und Entwicklungshilfe überflüssig wird.
3. Einsatz für die Einführung von Elektrofahrzeugen auf Straßen und Schienen und die konsequente Energiewende hin zur regenerativen Energie.



Wolfgang Wodarg solidarisch im Kampf um Arbeitsplätze

...und die Ziele der Bundestagskandidaten

Gabriele Hiller-Ohm

► Drei Erfolge der SPD:

1. Einführung von Mindestlöhnen in neun Branchen durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes sowie Schutz vor Lohndumping in Branchen mit geringer Tarifbindung durch die Reform des Mindestarbeitsbedingungsengesetzes.

2. Durchsetzung eines Ausbildungsbonus, mit dem 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden sowie Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses.

3. Einführung des Elterngeldes; Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ab 2013.



Gabriele Hiller-Ohm verteilt Rosen in Lübeck anlässlich des internationalen Frauentages

► Drei persönliche Erfolge:

1. Durchsetzung des Schulbedarfspakets für Kinder und Jugendliche bis zur 13. Klasse, das aus dem federführend miterarbeiteten Zehn-Punkte-Programm

gegen Kinderarmut des SPD-Parteivorstands resultierte.

2. Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner.

wohner, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

3. Beibehaltung der Sozialversicherungsfreiheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Einzahlen in eine Betriebsrente.

► Drei politische Ziele:

1. Mindestlöhne flächendeckend durchsetzen, Leiharbeit fair gestalten, Aus- und Weiterbildungschancen ausbauen und bessere Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt ermöglichen.

2. Bündnis gegen Kinderarmut voranbringen, eigenständig erhobenen Kinderregelsatz einführen.

3. Arbeitsplätze in der maritimen Wirtschaft erhalten, Häfen stärken, Hinterlandanbindungen verbessern.

Dr. Ernst Dieter Rossmann

► Drei Erfolge der SPD:

1. Bildung und Forschung deutlich ausgebaut und der CDU keine falsche Weichenstellung durchgehen lassen.

2. Arbeitnehmerrechte erhalten und mit dem Einstieg in die Mindestlöhne auch ausgebaut.

3. Leistungsfähige soziale Sicherungssysteme erhalten (Arbeitslosen- und Pflegeversicherung).



► Drei persönliche Erfolge:

1. Die CDU beim Meister-BAföG kalt erwischt und eine richtig gute Verbesserung der gesetzliche Erwachsenenbildungsförderung durchgedrückt.

2. Beim BAföG für die Studierenden nicht gewackelt und beim Hochschulpaket für zusätzliche Studienplätze gesorgt.

3. Für Schleswig-Holstein große Forschungsinvestitionen ermöglicht.

► Drei politische Ziele:

1. Wir brauchen ein richtig gutes Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, damit Weiterbildung im ganzen Leben für alle möglich wird.

2. Die BAföG-Treppe ausbauen: deutlich besseres Schüler-BAföG, mehr BAföG für Studenten und Unterstützung für beruflich qualifizierte.

3. Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung und mehr Steuergeld für Bildung in Schleswig-Holstein.

Sönke Rix

► Drei Erfolge der SPD:

1. Erhöhung des Kindergeldes.

2. Einführung des Kinderbonus (im Rahmen des Konjunkturpakets).

3. Ausweitung der Elternzeit.

► Drei persönliche Erfolge:

1. Verbesserungen bei den Freiwilligendiensten.

2. Zivildienst zum Lerndienst

weiterentwickelt.

3. Ausbau der Programme zum Kampf gegen Rechts extremismus.

► Drei politische Ziele:

1. Weitere Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung.

2. Einführung einer Grundsicherung für Kinder.

3. Elterngeld für Geringverdiener bzw. Leistungsbezieher verbessern.



AG Familie „live“: Sönke Rix (Mitte) mit seinen Kollegen Dieter Steinecke und Wolfgang Spanier in der Arbeitsgruppensitzung

Drei mal drei: die Erfolge der SPD, der MdBs...



Michael Bürsch

► **Drei Erfolge der SPD:**

1. Wir haben es geschafft, gesellschaftspolitische Rückfälle hinter Rot-Grün zu verhindern und zahlreiche Fortschritte bei Familie, Integration, Verbraucherschutz und Bildung bewirkt.
2. Wir haben in einigen Branchen Mindestlöhne durchgesetzt.
3. Im Management bei der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die SPD bewährt.

► **Drei persönliche Erfolge:**

1. Durch die Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes konnte das Recht auf informelle Selbstbestimmung gestärkt sowie der Arbeitnehmerschutz verbessert werden.
2. Die Integrationskurse für Zuwanderer wurden ausgebaut und finanziell besser ausgestattet.
3. Ich habe mich an zentraler Stelle in der Debatte über die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung eingebracht und mit dafür gesorgt, dass die Entwicklung hin zu einem modernen Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen unumkehrbar geworden ist.

Franz Thönnies

► **Drei Erfolge der SPD:**

1. Wahrung der Tarifautonomie sowie Sicherung der Betriebsverfassung und der Mitbestimmung als wesentliche Elemente für starke Gewerkschaften.
2. Durchsetzung des Mindestlohns für gut 1,8 Mio. Beschäftigte in den verschiedensten Branchen.
3. Abbau der Arbeitslosigkeit durch neue Beschäftigung um gut zwei Mio. bis zu den Folgen der Finanzkrise sowie die Bereitstellung von Mitteln zur Schaffung von gut 400.000 Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

► **Drei persönliche Erfolge:**

1. Erfolgreiche Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz für einen jungen Menschen ohne Lehrstelle.
2. Meine Rede für die EU in den Vereinten Nationen in

New York zur Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention sowie deren Ratifizierung.

3. Umsetzung des „Persönlichen Budgets“ ab 1.1.2008 für Menschen mit Behinderungen.

► **Drei politische Ziele:**

1. Alle Schulabgänger sollen eine Berufsausbildung, ein Qualifikationsangebot oder eine Tätigkeit zum Einstieg in Arbeit erhalten.

2. Integration eines Großteils der ca. 635.000 Alleinerziehenden in Beschäftigung mit passgerechten Ausbildungs-, Arbeits- und Kinderbetreuungsangeboten.

3. Für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention mit Schwerpunkt „Beschäftigung, Bildung und Barrierefreiheit“ sowie „inklusive Bildung“, also gemeinsame Schulen für unsere Kinder.



Im Wahlkreis unterwegs: Franz Thönnies mit seinem Infomobil am SPD-Infostand auf dem Marktplatz in Bad Segeberg

Bettina Hagedorn

► **Drei Erfolge der SPD:**

1. Die Konjunkturpakete I und II: 430 Mio. Euro fließen aus dem kommunalen Investitionsprogramm des Bundes direkt nach Schleswig-Holstein zur Sicherung der Auftragslage bei Handwerk und Mittelstand.
2. Die Pflegereform: bessere Pflegesätze und Förderung der Einrichtung trägerunabhängiger Pflegestützpunkte in allen Kreisen.
3. Stärkung der Akzeptanz regenerativer Energien: durch Neuregelung der Gewerbesteuererlegung zugunsten der Standortgemeinden im ländl. Raum; durch eindeutige gesetzliche Regelung pro Erdkabel, damit der Druck auf E.ON beim Netzausbau der 110-Kv-Trassen ohne Freileitung erhöht werden kann.

► **Drei persönliche Erfolge:**

1. Erhalt wichtiger Bundespolizeistandorte bei der Bundespolizeireform 2007; Ausbau des Maritimen Schulungszentrums der Bundespolizei in Neustadt in den Haushaltsverhandlungen für 2008 und 2009 durch zusätzliche 3,2 Mio. Euro und eine Personalaufstockung von 13 auf 37 Mitarbeiter.

2. Rettung des Ökolandbau-Instituts Trenthorst im März 2007 mit dauerhaft 80 Arbeitsplätzen.

3. Mit dem 40-Mio.-Euro-Sonderförderprogramm für nationale Baudenkmäler flossen rund 1,3 Mio. Euro nach Schleswig-Holstein.

► **Drei politische Ziele:**

1. Für die ernsthafte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte; für eine Regulierung der Finanzmärkte; für eine beschäftigungswirksame Überwindung der Finanzkrise.

2. Für ein Festhalten am Atomausstieg.

3. Für ein CCS-Gesetz, das Schleswig-Holstein nicht zur CO₂-Deponie für überflüssige Kohlekraftwerke macht; für eine Wiederverwertung von abgedehntem CO₂ ohne unterirdische Speicherung.



...und die Ziele der Bundestagskandidaten



Birgit Malecha-Nissen mit Anne-Christin Heinrich beim Familienfest der SPD Neumünster

Dr. Birgit Malecha-Nissen

► Drei politische Ziele:

1. Bildung darf nicht abhängig von der Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern sein. Das liegt mir besonders am Herzen! Deshalb werde ich mich für den Ausbau der Ganztagsbetreuung, für die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni und für gesicherte Ausbil-

dungsplätze einsetzen. Jeder junge Mensch hat einen Anspruch auf einen Schulabschluss, um damit eine faire Chance auf Teilhabe an Arbeit und Wohlstand zu erhalten.

2. Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können. Ich setze mich für einen

flächendeckenden Mindestlohn und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Wir müssen auch in Zukunft die Renten stabil halten. Darauf wollen sich gerade die jungen Menschen verlassen können.

3. Der Klimawandel geht uns alle an. Jetzt konsequent auf eine nachhaltige Energiewirtschaft ohne Atomkraft und ohne CO₂ Speicherung umzusteuern, sichert auch in Zukunft unsere Lebensqualität und spart Kosten! Ich engagiere mich für den Ausbau der kommunalen dezentralen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien. Gleichzeitig muss Energie eingespart und deutlich mehr in die Entwicklung neuer Technologien investiert werden. Das fördert unseren Mittelstand und das Handwerk.



Hanno Fecke

► Drei politische Ziele:

1. Ich setze mich für die erneuerbaren Energien ein, um unabhängig von hohen Energiepreisen zu werden, und bin gegen die CO₂-Einlagerung. Auch die Fortführung der Atomkraft ist nicht zu akzeptieren. Die hierfür von den Energiekonzernen eingeplanten Mittel müssen in die Forschung und in den Ausbau neuer zukunftsfähiger Technologien investiert werden.

2. Ich will die Bundesstraße 5 zur Autobahn bis Tondern ausbauen, um die Westküste verkehrstechnisch besser anzubinden. Auch der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Hamburg - Sylt ist für die Förderung von Wirtschaft und Tourismus wichtig.

3. Ich setze mich für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit ein und dafür, dass Frauen den gleichen Lohn erhalten wie ihre männlichen Kollegen.



Gesa Tralau, Olaf Schulze und Hiltrud Lotze bei der Demo am KKW Krümmel

Gesa Tralau

► Drei politische Ziele:

1. Chancengleichheit: Es gehören mehr Frauen in Führungspositionen, die Quote von 40 Prozent ist das richtige Ziel. Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit kämpfen zu müssen, sollte sich im 21. Jahrhundert eigentlich erledigt haben. Die Tatsachen jedoch sehen anders aus und es gibt noch zu viele Chefetagen in denen besagtes 21. Jahrhundert nicht angekommen ist. Die Forderung nach einem gerechten Mindestlohn erklärt sich von selbst, ebenso die Abschaffung aller Studiengebühren. Freier Zugang zu allen Bildungsstätten, kostenlos, von der Krippe bis zur Universität.

2. Die Risiken der Atomenergie sind nicht kalkulierbar. Ein Ausstieg aus dem

Ausstieg darf nicht stattfinden. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Jede Laufzeitverlängerung bremst die Entwicklung regenerativer Energien. Die Endlagerung des Atommülls und die Idee CO₂ mit Hilfe einer noch nicht einmal funktionierenden CCS-Technik einzulagern, haben den gleichen Stellenwert. Das Risiko wird auf die folgenden Generationen geschoben. Ein Weitermachen nach diesem alt bekannten Muster darf nicht passieren.

3. Eine Umverteilung der Steuerlast ist zwingend notwendig, damit die Einkommensschere nicht noch weiter auseinanderdrifft. Dazu gehören die Senkung des Eingangssteuersatzes und die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen. Die Praxis, sein Geld in Steueroasen zu verstecken, muss verhindert werden.

Kurzarbeitergeld und Qualifizierung – Beschäftigung in und nach der Krise sichern

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat tiefgreifende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Produktionsausfälle und Nachfragerückgang steigern den Druck auf die Betriebe – viele Beschäftigte fürchten um ihren Arbeitsplatz. Jetzt ist es besonders wichtig, den Unternehmen Wege zu bieten, wie sie ihre Belegschaften halten und Entlassungen vermeiden können.

Das wichtigste Instrument, um die Auswirkungen der Krise in den Betrieben zu vermindern, ist das jetzt nochmals von der SPD veränderte Kurzarbeitergeld. Es beträgt bis zu 67 Prozent des Lohns.

Wir haben die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 24 Monate verlän-

gert. Dies war notwendig für Unternehmen, die ihre Anstrengungen, die Arbeitskräfte in Beschäftigung zu halten, fortsetzen und ver-

stärken wollen. Gleichzeitig heißt die Verlängerung, dass Sozialversicherungsbeiträge vom siebten Monat der Kurzarbeit an vollstän-

dig von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Das hilft den Betrieben, eine längere Zeit der Kurzarbeit durchzustehen.



Gabriele Hiller-Ohm zu Besuch beim Lübecker Maschinenbauunternehmen Baader, das Kurzarbeit und Qualifizierung nutzt

Wir haben mit der Neuregelung des Kurzarbeitergeldes bewusst eine betriebliche Qualifizierungsoffensive verbunden. Für Arbeitskräfte, die während der Kurzarbeit an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, übernimmt die Bundesagentur für Arbeit die vollen Sozialversicherungsbeiträge von Anfang an und einen Teil der Weiterbildungskosten.

Damit hilft das Kurzarbeitergeld im Verbund mit der Qualifizierung beiden Seiten: sowohl den Betrieben als auch den Arbeitskräften – in und nach der Krise.

Gabriele Hiller-Ohm

Bundeskinderschutzgesetz kommt nicht

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung hat für uns einen hohen Stellenwert. Der von Frau von der Leyen vorgelegte Gesetzentwurf allerdings war unbrauchbar. Bereits im Februar hat die SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf kritisiert und eine Expertenanhörung gefordert.

Die Sachverständigen - darunter Wissenschaftler, Mitarbeiter von Kinderschutzzentren, Ärzte und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände - haben in dieser Anhörung deutlich gemacht, dass der Entwurf den fachlichen Anforderungen an einen effektiven Kinderschutz nicht gerecht wird. Die Balance zwischen Hilfe und Kontrolle müsse gewahrt bleiben, wenn man „Problemfamilien“ den Zugang nicht verbauen wolle.

Die Handlungsfähigkeit der Jugendämter muss gestärkt werden. Wir dürfen Jugendämter aber nicht zu reinen

„Melde-, Kontroll- und Eingriffsbehörden“ machen. Sie müssen weiterhin Familien bei der Erziehung ihrer Kinder beraten und unterstützen.

Die zuletzt gemeinsam erarbeiteten Änderungsvorschläge gehen in die richtige Richtung. Auf unser Drängen hin wurden erstmals auch präventive Ansätze einbezogen. Förderung und Prävention sind die besten Mittel, um Kinder und ihre Familien effektiv zu unterstützen und sie vor Gefährdungen zu schützen. Aber die für uns alles entscheidende Frage, ob

die diskutierten Regelungen den Kinderschutz vor Ort tatsächlich effektiver machen, konnte nicht abschließend beantwortet werden.

Die SPD legt Wert auf eine gründliche Erarbeitung von Regelungen sowie auf eine saubere Gesetzesfolgenabschätzung. Ein übereilt nachgebessertes Gesetz könnte dem Kinderschutz mehr schaden als nützen.

Um den Kinderschutz weiter zu verbessern, kommt es auf eine gute Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen, auf eine hohe Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sowie auf ein gutes Fehlermanagement an. Von alledem findet sich nichts in dem vorliegenden Gesetzentwurf. Vorbild könnte hier

Schleswig-Holstein sein, wo Landesprogramme zur Vernetzung von Jugendhilfe und Gesundheitswesen wie „Schutzengel für Schleswig-Holstein“ und „Willkommen im Leben“ verankert wurden, um soziale und gesundheitliche Frühwarnsysteme weiterzuentwickeln.

Sönke Rix



Kinderpolitikexperte Sönke Rix

Kein CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein - Energiewende jetzt!

Anfangs schien die CCS-Technologie eine weitere Möglichkeit zu sein, den drohenden Treibhauseffekt zu bekämpfen. In der Folge wurde jedoch immer deutlicher, dass es sie noch gar nicht wirklich gibt und was eigentlich hinter dieser Idee steckt.

Weder die Abscheider von Kohlendioxyd am Kraftwerk, noch die Lagerstätten im Boden, die man brauchte, um das Problem wieder zu beerdigen, sind technisch einsatzbereit. In 10 bis 20 Jahren könne es so weit sein, sagen Fachleute.

Niemand möchte den CO₂-Ausstoß steigern und unsere Welt soweit aufheizen, dass Klimakatastrophen drohen. Gleichzeitig haben wir aber unter Tage und in offenen Gruben auch in Deutschland noch „jede Menge Kohle“ liegen.

Um diese weiter ausbeuten zu können, starteten die Energiekonzerne mit viel

Aufwand die CCS-Initiative. CDU/CSU, FDP und Teile der SPD (aus Kohle-Regionen) waren euphorisch dafür. Die CDU in Hamburg nutzte gar die CCS-Hoffnung, um die Grünen als ihren Koalitionspartner zum Bau weiterer Kohlekraftwerke zu bewegen.

In Schleswig-Holstein hat die SPD das Spielchen durchschaut und sich auf ihrem Parteitag in Elmshorn gegen eine CO₂-Endlagerung im Boden ausgesprochen. Nur eine grundsätzliche Erforschung der CCS-Technologie sollte unter Umständen erlaubt sein.

In der Berliner Koalition



Wolfgang Wodarg betreut den Wahlkreis Nordfriesland und kämpfte in Berlin gegen das CCS-Gesetz

haben wir taktisch gegen die Endlagerung von CO₂ im Boden gekämpft. Wir haben zur Verhinderung eines „Endlager-Gesetzes“ hohe Hürden aufgebaut, die Beschränkung der CCS-Technik auf Versuchsanlagen vorgeschlagen und Forschung an hohe Auflagen

geknüpft. Im Nachhinein war schon das wohl ein zu großes Entgegenkommen gegenüber der CDU/CSU.

Die Menschen im Norden sind zu Zehntausenden aufgewacht. Sie wollen inzwischen mehr als die Verhinderung eines CO₂-Endlagers unter ihren Häusern. Sie haben die Zusammenhänge erkannt und fordern von ihren politischen Vertretern eine konsequente und rasche Energiewende. Sie wollen eine Verstaatlichung der Energienetze, weil sie den Monopolisten nicht trauen. Die Geduld der Menschen ist zu Ende und wir, als Partei und Fraktion, sollten uns darüber freuen und nicht zögern, die Weichen für eine nachhaltige Energiepolitik jetzt zu stellen.

Dr. Wolfgang Wodarg

Bad Banks: SPD minimiert Risiko für Bund und Steuerzahler

Am 3. Juli 2009 hat der Deutsche Bundestag nach wochenlangem harten Ringen den Weg frei gemacht für die Einrichtung von „Bad Banks“. Ein Kompromiss mit der Union stand bis zuletzt auf Messers Schneide, da die CDU sich für Modelle einsetzte, die hohe Risiken für Bundeshaushalt und Steuerzahler bedeutet hätten. Die SPD wollte unbedingt eine Einigung vor der Sommerpause, da etliche Banken – gerade auch Landesbanken – mit dem Rücken an der Wand stehen und ihr möglicher „Absturz“ unabsehbare Konsequenzen gehabt hätte.

Die Bankenstabilisierung ist der Schlüssel zur Überwindung der Kreditklemme, unter der gerade mittelständische Unternehmen leiden. Wenn die Handwerksbetriebe keine Kredite zu vertretbaren Konditionen erhalten, würden sogar unsere Konjunkturpakete mit den vielen öffentlichen Aufträgen verpuffen und ihre Arbeitsplatz erhaltende Wirkung nicht entfalten können. Angesichts der Schiefelage der HSH Nordbank und aus Verantwortung gegenüber Schleswig-Holstein haben

wir als Landesgruppe diesem Gesetz schließlich zugestimmt, nachdem die SPD noch wichtige Verbesserungen zur Risikobegrenzung für den Steuerzahler erreichen konnte.

Zwei Leitlinien im Gesetz sind uns Sozialdemokraten besonders wichtig: 1. Es gibt keine Leistungen ohne Gegenleistungen - das heißt, die Banken bezahlen Gebühren und müssen sehr strenge Regeln erfüllen, damit die Risiken für Bundeshaushalt wie Steuerzahler gering bleiben. Beim Pri-

vatbankmodell wird das wirtschaftliche Risiko vollständig von den Privatbanken getragen, Risiken für den Bund bestehen nur im Insolvenzfall. 2. Alle Banken müssen, bevor sie Risiken auslagern, einen „Stresstest“ bestehen; Managergehälter werden begrenzt, Ausschüttungen und Boni gestrichen.

Immer gilt: Die Eigentümer der Banken bleiben voll in der Verantwortung. Lediglich bei der sogenannten „Bundes-Aida“ übernimmt der Bund bewusst ein mögliches Restrisiko, indem er die Haftung der Sparkassen begrenzt und über die Begrenzung hinausgehende Verluste gemeinsam mit den Ländern vorfinanziert. Für diese Regelung haben wir Sozialdemokraten gekämpft, denn die öffentlichen Sparkassen liegen uns als Rückgrat unseres deut-



Bettina Hagedorn ist Mitglied im Haushaltsausschuss

schens Bankensystems besonders am Herzen.

Die *Financial Times*, wahrlich kein linkes „Kampfbblatt“, hat den Stresstest, die Managergehälterbegrenzung und die Haftungsbeschränkung der Sparkassen eindeutig als SPD-Erfolge gewertet. Wir können stolz darauf sein, dies erreicht zu haben!

Bettina Hagedorn

Föderalismusreform II: Auch Niederlagen gehören zur Politik

Die Eckpunkte, für die wir bei der Föderalismusreform II als SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein geworben haben, waren sehr klar formuliert:

1. In die Verfassung sind nur erweiterte Grundsätze zu einer nachhaltigen Haushaltsführung aufzunehmen.
2. Der Bund enthält sich eines direkten Eingriffs in die Verfassungslage der Länder und steht zur Souveränität der Länderparlamente.
3. Die Zielgröße einer möglichen Nettokreditaufnahme wird grundsätzlich höher gesetzt, auch wenn diese einfachgesetzlich festgeschrieben wird.
4. Bund und Länder haben grundsätzlich den gleichen Investitions- und Handlungsspielraum bei der Nettokreditaufnahme.
5. Das Kooperationsverbot

in Artikel 104 GG wird ersatzlos gestrichen.

6. Der Entschuldungsfonds wird so erhöht, dass alle Länder eine realistische Chance haben, ihre Nettokreditaufnahme zurückführen zu können.

7. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen und das gemeinsame Monitoring durch einen sogenannten Stabilitätsrat beschränken sich auf die Analyse und Darlegung von Strukturdaten der Haushalte.

Am Ende mussten wir feststellen: In keinem einzigen Punkt hat sich die Position der Landesgruppe in der Föderalismuskommission II und den anschließenden Beratungen in unserer Fraktion durchsetzen können. Das nennt man eine glatte Niederlage. Da gibt es

nichts schönzureden oder rumzudeuteln.

Bei der Abstimmung im Bundestag gab es ein entsprechend differenziertes Abstimmungsbild. Während die einen sich am Ende doch der klaren Mehrheitsentscheidung der Fraktion angeschlossen haben, war für andere der grundsätzliche Widerspruch so groß, dass sie mit Verweis auf ihr persönliches Gewissen nicht zugestimmt haben.

Was bleibt für die Zukunft? Wir als Landesgruppe sind überzeugt, dass der Überschuldung der öffentlichen Haushalte massiv entgegenwirken muss. Es kommt nun darauf an, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte zu garantieren und sozial gerecht für eine steuerliche Ausstattung zu sorgen. Wir wissen



Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein

uns hierbei in bester Übereinstimmung mit dem SPD-Landesverband und werden engagiert dafür kämpfen, dass es ausreichend Mittel für gute Daseinsvorsorge, gute Bildung und gute Infrastruktur in Bund, Ländern und Kommunen gibt.

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Unser langer Atem im Kosovo

Die verschärfte Sicherheitslage in Afghanistan hat einen anderen Einsatz der Bundeswehr in den Hintergrund rücken lassen: die Nato-Mission KFOR im Kosovo. Dort gelingt, was in Afghanistan noch erreicht werden muss: mit Hilfe internationaler Kräfte ein sicheres und stabiles Umfeld zu etablieren.

Seit Beginn des Mandats 1999 konnte die Zahl der KFOR-Soldaten von 45.000 auf 14.000 reduziert werden. Anfang 2010 sollen weitere 4000 KFOR-Soldaten abgezogen werden, so haben es die Nato-Verteidigungsminister kürzlich beschlossen.

Der Bundestag hat auf die positive Entwicklung bereits reagiert und die im Kosovo-Mandat für die Bundeswehr immer wieder genehmigte Obergrenze von 8500 auf 3500 deutsche Soldaten reduziert; aktuell sind 2200 vor Ort. Mit der Reduzierung der KFOR-Truppen zum Jah-

resende werden weitere Bundeswehrsoldaten nach Hause zurückkehren. Der



MdB Bartels besuchte im Juni 2008 die Einsatzkräfte in Prizren

Aufbau demokratischer Strukturen im Kosovo kommt dank der Arbeit der europäischen Rechtsstaatsmission EULEX, an der auch deutsche Polizisten beteiligt sind, gut voran.

Natürlich wird es noch Jahre dauern, bis der Kosovo

eine voll funktionsfähige Demokratie ist. Der frühere Kriegsgegner Serbien ist auf dem Weg in die Europäische Union, die frei gewählte Regierung dort verfolgt konsequent die Verbrecher der Milosevic-Zeit - eine gute Entwicklung.

Der Einsatz im Kosovo zeigt, dass wir für Stabilisierungsmissionen einen langen Atem brauchen. Über Rückzugsdaten abstrakt zu diskutieren, nützt nichts. Der Erfolg der Mission bestimmt ihren Umfang. Unsere militärische Präsenz in Bosnien-Herzegowina (noch 130 deutsche Soldaten) wird voraussichtlich in diesem Jahr auslaufen, die Aufgabe im Kosovo vielleicht in zwei oder drei Jahren.

Dr. Hans-Peter Bartels

Verbesserte Kooperation in der Ostseeregion

Der Deutsche Bundestag hat den Koalitionsantrag „Ostseestrategie voranbringen und unterstützen“ beschlossen, der von mir federführend mit erarbeitet worden ist. Dabei steht neben den umwelt-, wirtschafts- und verkehrspolitischen Aspekten Folgendes für Schleswig-Holstein im Vordergrund.

Im Ostseeraum entstehen immer mehr grenzüberschreitende Arbeitsmärkte. Ein gutes Beispiel dafür ist die Region Sønderjylland und Schleswig. Durch den geplanten Bau der Fehmarnbeltquerung wird sich dort auf beiden Seiten der Brücke der gemeinsame Arbeitsmarkt ausweiten.

Ähnliche Entwicklungen gibt es in anderen Regionen der Ostsee. Arbeitsangebote, Arbeitskräftebedarfe und wachsende Mobilitätspotentiale führen zu steigenden Grenzpendlerzahlen. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass an

stark frequentierten Grenzübergängen die bestehenden Informationszentren gesichert bzw. neue eingerichtet werden. Dort sollen Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, sich umfassend über die sozial-, arbeits- und steuerrechtlichen Fragen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme im Nachbarland zu informieren. Denn sozial gesicherte Arbeit zu fairen Bedingungen fördert die Mobilität und stärkt die Wirtschaftsregionen beiderseits der Grenzen.

Durch noch stärkere Vernetzung rund um die Ostsee soll die Region zu einem der führenden europäischen

Forschungsstandorte ausgebaut werden. Der Tourismus, der für die wirtschaftliche Entwicklung der Ostseeregion eine zunehmende Bedeutung erfährt, soll zudem als Handlungsfeld in die Ostseestrategie aufgenommen werden. Die Koalitionsfraktionen fordern außerdem, dass das von der Lübecker Academia Baltica entwickelte Konzept eines Ostseegeschichtsbuchs von der Bundesregierung im Rahmen der Pilotprojekte der Ostseestrategie unterstützt wird.

Die Bundesregierung soll sich zudem finanziell an der Kieler Ostseejugendstiftung beteiligen. Denn junge Menschen sind die künftigen Garanten für Stabilität der Demokratie, Weltoffenheit, Toleranz und Kreativität rund um die Ostsee.



Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

Der Antrag bietet eine gute Grundlage für eine neue Phase der koordinierten Zusammenarbeit im Ostseeraum und der Entwicklung zu einer europäischen Modellregion.

Franz Thönnies

In der Diskussion: Verkehrskonzept für den Norden

Verkehrspolitik interessiert viele. Sie polarisiert auch. Es sind aber nicht nur Großprojekte, wie der kürzlich vom Bundestag beschlossene Bau einer festen Fehmarnbeltquerung, die Debatten entfachen. Dies zeigte die Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Verkehrskonzept für den Norden“ am 5. Juni in Bad Bramstedt.

Bei der Diskussionsrunde tauschten sich über 50 fachkundige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Naturschutz über den Bau der A 20, die Verbesserung der Hinterlandanbindungen der Häfen, aber auch die Optimierung des Öffentlichen Personennahverkehrs, den Ausbau der Radwege oder die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken aus.



Drei Experten für Verkehrspolitik: die SPD-Bundestagsabgeordneten Kurt Bodewig, Christian Carstensen und Jörn Thießen

Eines stand im Anschluss fest: Es besteht nicht nur Diskussions-, sondern auch Handlungsbedarf. Die Verkehrsinvestitionen des Bundes steigen zwar deutlich und kontinuierlich, aber die Planungskapazitäten im Norden sind weiterhin unzureichend. So läuft Schleswig-Holstein Gefahr, bei der

Realisierung von Verkehrsprojekten im bundesweiten Vergleich hinterherzuhinken.

Damit sich das ändert, braucht der Norden ein gemeinsames Verkehrskonzept, auf dessen Grundlage Prioritäten gesetzt und langfristig Planung betrieben

werden kann. Das Arbeitspapier „Aktuelle Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein“ (im Infodienst auf www.joernthiessen.de) fasst die Planungsstände, Finanzierungsarten und Kontroversen der verschiedenen Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein zusammen. Auf dieser Grundlage sollen im Herbst 2009 auf einer Verkehrskonferenz der drei norddeutschen SPD-Landesverbände gemeinsame verkehrspolitische Ziele diskutiert und formuliert werden.

Das Ziel ist ein Verkehrskonzept für den Norden, das für sich den Anspruch erheben kann, Mobilität im Norden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch nachhaltig zu gestalten.

Jörn Thießen

SPD und DGB: Gemeinsam gegen die Konjunkturkrise

Als sehr informativ und produktiv haben die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ihre jüngste Zusammenkunft mit dem DGB-Nord in Berlin erlebt.

Hauptthema des Abends war der durch die Finanzkrise ausgelöste Konjunkturerinbruch und seine Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation. Der Vorsitzende des DGB-Nord, Peter Deutschland, lobte die lenkende Hand des Staates mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes von sechs auf 18 und jetzt sogar auf 24 Monate, die Bundesarbeitsminister Olaf Scholz zu verdanken ist.

Diese Maßnahme hatte in Schleswig-Holstein bis April 2009 ca. 8.800 Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Damit der Staat in der Krise weiter handlungsfähig bleibt, lehnt der DGB-Nord im Einvernehmen mit der SPD Steuersenkungen als Wahlgeschenk strikt ab!



Vertreter des DGB-Nord waren im Mai zu Gast im Bundestag
Foto und Bericht: Anna Alexandrakis

Bezüglich der Nutzung der Kurzarbeit zur Qualifizierung der Mitarbeiter zeigten sich die DGB-Vertreter weniger zufrieden. Die Qualifizierungskonzepte und -wünsche sind von Betrieb zu Betrieb so unterschiedlich, dass es schwer ist, kurzfristig passgenaue Qualifizierungsprogramme anzubieten. Hier schlug der DGB-Nord vor, an einem runden Tisch mit Arbeitsagenturen, Betrieben und Arbeitgebern passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen

vor allem für Angelernte anzubieten, damit ihre praktischen Fähigkeiten nicht verloren gehen, sondern zertifiziert werden und mit einer ergänzenden Zusatzqualifizierung zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung führen können. Gabriele Hiller-Ohm und Ernst Dieter Rossmann wünschten sich vor allem von den Betriebsräten mehr Werbung für das aktuelle Programm „Qualifizieren statt Pausieren“.

Besorgniserregend findet

der DGB-Nord die aktuelle Situation der Werften. Die Reeder würden Bestellungen stornieren und das Konjunkturpaket kaum greifen, zumal die HSH-Nordbank als größter Werftenfinanzierer Probleme hat. Die MdBs aus den drei Nordländern verabredeten, zusammen mit dem DGB-Nord eine industriepolitische Erklärung zu erarbeiten, die ein auf den Norden zugeschnittenes Konjunkturprogramm fordern soll.

Insgesamt empfindet der DGB-Nord die Stimmung im Norden besser als die Lage. Sollte es aber 2010/2011 zu einer „industriellen Kernschmelze“ und zu Massenentlassungen kommen, würde es sicherlich starke soziale Unruhen geben. Rossmann: „Deshalb müssen wir schon jetzt Konzepte für einen gerechten Lastenausgleich, neues Wachstum und gute Arbeit entwickeln. Denn ein simples ‚Weiter so‘ wäre das Schlimmste, was SPD und Gewerkschaften gemeinsam verhindern müssen.“

Kiel meets Berlin



Zu Gesprächen waren die Mitglieder des AK Europa Hans Müller, Astrid Höfs, Anette Langner, Rolf Fischer und Anna Schlosser-Keichel aus der SPD-Landtagsfraktion Ende Juni zu Gast in Berlin. Ebenfalls dabei: Martin Tretbar-Endres (Europaforum) und LTF-Referentin Silke Schielberg. Sie trafen SPD-MdBs des Europausschusses und Franz Thönnies (Mitte).

Noch ist die Lage gut

Bei dem Gespräch mit der Landesgruppe Ende Mai hatte der Leiter der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Jürgen Goecke gute Nachrichten im Gepäck: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise halten sich in Schleswig-Holstein derzeit in Grenzen. Das Land ist im Bundesvergleich eher gering betroffen. Der Grund dafür ist die geringe Exportabhängigkeit der schleswig-holsteinischen Firmen und der relativ kleine Anteil von Firmen aus der Automobilbranche. Jürgen Goecke erwartet allerdings eine



Jürgen Goecke, Leiter der Regionaldirektion Nord, Bundesagentur für Arbeit

Verschlechterung der Lage auch in Schleswig-Holstein.

Michael Bürsch - zwölf Jahre Einsatz für die Demokratie

55 Jahre alt war Michael Bürsch als er am 17. Juni 1997 das erste Mal in den Bundestag einzog. Davor hatte der in Stettin geborene und in Kiel aufgewachsene promovierte Jurist schon viele politische Stationen hinter sich: als Referent im Bundespresseamt unter Klaus Bölling, als Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Schmidt, als Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und Leiter der Landesvertretung Schleswig-Holstein in der Regierungszeit von Björn Engholm.

Dreimal hat Michael seitdem für die schleswig-holsteinische SPD das Direktmandat in seinem Wahlkreis Plön - Neumünster gewonnen. Das ist vor ihm lange keinem Sozialdemokraten vergönnt gewesen. Die Wahlkreisarbeit war für ihn dabei ebenso notwendiges wie schönes Tagewerk im Weinberg der Demokratie. Er hat dabei auch ganz eigene Akzente gesetzt, nicht zuletzt mit anspruchsvollen Literaturveranstaltungen, die Kunst, Kultur und Politik an einen Tisch brachten und Michaels Freude und Talent am Vorlesen für die Politik entwickelten.

Michael ist ein Politiker, der über Augenmaß und Leidenschaft gleichermaßen verfügt. Viele haben dies erlebt in seinen Beiträgen auf Kreis- und Landesparteitagen. Das Wünschbare formulieren, das Erreichbare genau im Blick haben - das ist die kürzeste Formel für seinen Politikstil. Das politische Laienspiel war ihm immer ein Graus. Wo gute Ideen sind und Engagierte, die sich dafür einsetzen, fühlte er sich hingegen zu Hause.

Vor diesem Hintergrund hat er in den vergangenen Jahren vor allem sein Herzensanliegen, die Förderung der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements, vorangetrieben. Als Leiter der *Enquetekommission*

zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist dieses seine politische Mission gewesen. Bürgergesellschaft ist für Michael dabei vor allem ein Demokratieprojekt, in dem es



Ein Gruppenfoto zum Schluss: Michael Bürsch (3. v. li.) mit seinem Büroleiter Serge Embacher (2. v. li.) sowie Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Hans-Peter Bartels und Sönke Rix

darum geht, durch mehr Bürgerbeteiligung und Partizipation Politikfrust und Demokratiedistanz zu begegnen. Dem, was Michael den neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft nennt, hat er sich auch in eigenen zivilgesellschaftlichen Projekten verschrieben.

Wenn die Leitung der Enquetekommission Michaels politische Kür waren, so war ihm die über zwölf Jahre währende Mitgliedschaft im

Innenausschuss mehr als nur politische Pflicht. Auch hier konnte er wirklich wichtige Akzente setzen. Sein Einsatz für Bürgerrechte im Zusammenhang mit dem Informationsfreiheitsgesetz, das sich zu einem Instrument für mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung entwickelt hat, ist ein Pluspunkt in seiner persönlichen Bilanz und für die SPD. Sein Engagement für Bürokratieabbau und als Brückenbauer zwischen Deutschem Beamtenbund und Ministerialbürokratie

tes großes Projekt als Abgeordneter war die Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes, die er in letzter Sekunde vor Ende der Legislaturperiode gegen den Widerstand von CDU/CSU durchsetzen konnte.

Auch hier hat sich gezeigt, was Michaels besondere Qualität als Abgeordneter und Bundestagskollege und politischer Freund ausmacht: leidenschaftlich und zugleich unaufgeregt und professionell zu agieren und den Dingen auf den Grund zu gehen. Was die

hat bleibende Spuren hinterlassen.

Integrationspolitik hat Michael lange vor vielen anderen als Projekt einer modernen Bürgergesellschaft definiert. Zuwanderung braucht gute Gesetze und erfordert Engagement, wenn Integration gelingen soll. Dies hat er uns immer wieder in ebenso lebhaften wie sachlich fundierten Beiträgen in der Fraktionsdiskussion nahegebracht, und er hat viel durchgesetzt! Sein letz-

Menschen von ihrem Volksvertreter erwarten dürfen, hat sich seit Max Weber nicht grundsätzlich geändert: Kompetenz, Augenmaß und Leidenschaft. Dies hat Michael beispielhaft verwirklicht.

Wir wünschen ihm für die Zukunft von Herzen alles Gute und freuen uns, wenn er uns mit seinem Fachwissen und seiner Kompetenz weiterhin beratend zur Seite steht.

Ernst Dieter Rossmann

Bundestagswahl im September: Die Liste steht



Franz Thönnies, Jörn Thießen, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Wolfgang Wodarg, Gabriele Hiller-Ohm, Gesa Tralau, Ernst Dieter Rossmann, Birgit Malecha-Nissen, Hanno Fecke und Hans-Peter Bartels mit dem SPD-Bundesvorsitzenden Franz Müntefering (Mitte) auf dem Landesparteitag in Elmshorn

Die Delegierten des SPD-Landesparteitages in Elmshorn hatten am 21. und 22. März ein volles Programm: Wahl des Landesvorstandes, Beschlüsse zu Bildung, Bundeswahlprogramm und Bahnreform. Nach der Rede des Parteivorsitzenden Franz Müntefering wurde es dann für die Kandidaten zur

Bundestagswahl spannend. Der Parteitag entschied über die Landesliste und folgte dabei dem Vorschlag des Landesvorstandes:

1. Dr. Ernst Dieter Rossmann (WK 7)
2. Bettina Hagedorn (WK 9)
3. Franz Thönnies (WK 8)
4. Gabriele Hiller-Ohm (WK 11)

5. Sönke Rix (WK 4)
6. Dr. Hans-Peter Bartels (WK 5)
7. Gesa Tralau (WK 10)
8. Jörn Thießen (WK 3)
9. Dr. Birgit Malecha-Nissen (WK 6)
10. Dr. Wolfgang Wodarg (WK 1)
11. Hanno Fecke (WK 2)

- Newsticker - Newsticker - Newsticker -

52,6 Mio. für Bahnhöfe

Die Deutsche Bahn wird bis zum Jahr 2011 insgesamt 293 Bahnhöfe in Norddeutschland modernisieren. Die Investitionssumme in Höhe von 52,6 Mio. Euro entstammt dem Konjunkturprogramm des Bundes. 60 Bahnhöfe in Schleswig-Holstein profitieren davon.

Patientenverfügung

Der Deutsche Bundestag hat im Juni nach vielen Jahren der Diskussion die

notwendige Rechtssicherheit im Umgang mit Patientenverfügungen geschaffen. Der von 317 Abgeordneten fraktionsübergreifend unterstützte Gesetzentwurf stellt im Falle einer lebensbedrohlichen Krankheit das Selbstbestimmungsrecht des Patienten in den Vordergrund.

Geld aus Berlin und Kiel für Borstel

5,2 Mio. Euro aus dem Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein und 2,6 Mio.

aus dem Bundesforschungsministerium erhält im Rahmen des Konjunkturprogramms II das Forschungszentrum Borstel. Die Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft ist auf interdisziplinäre biomedizinische Forschung spezialisiert. Drei Millionen sollen für die Sanierung des Gebäudes verwendet werden. Für zwei Millionen soll außerdem ein Kernresonanz-Spektrometer angeschafft werden, das den internationalen Standard des Instituts sichern helfen soll.

- Termine -

10.07.09, 19 Uhr, Neumünster:

Michael Bürsch lädt ein zur Lesung „Türken sind anders, Deutsche aber auch“ im Caspar-von-Saldern-Haus. **MdB Lale Akgün** liest aus ihrem Bestseller „Tante Semra im Leberkäseland“. Anmeldung unter Tel. 04522/503633.

13.07.09, 19 Uhr, Schönkirchen:

Michael Bürsch lädt ein zur Diskussion zum Thema „Einmischen erwünscht! Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Bürger-Initiative“. Ort: AWO-Service-Haus; Anmeldung unter Tel. 04522/503633.

14.07.09, 19 Uhr, Kiel:

Hans-Peter Bartels lädt ein zur Diskussion zum Thema „Wo steht der Geist? Was Wissenschaft und Literatur zur Orientierung in der Krise beizutragen haben.“ Referent: **Prof. Dr. Johano Strasser**, Präsident des PEN-Zentrums Deutschland; Ort: Legienhof; Anmeldung: Tel. 030/22777638.

Impressum:

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann
MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Landesgruppenbüro:
PLH, 7.144, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76318

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt

Büro MdB Dr. Bartels